Nummer 62 Halle, Mittwoch, den 14. März 1923 58. Jahrgang
Einzelpreis: 125,00 Mark

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mitteldeutschland

Erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Die Bezugs-Gebühr des Blattes beträgt in Stadt und Land 3000,00 Mark, durch die Post bei freier Zustellung monatlich Mark 3000,00, in den Ausgabestellen abgeholt Mark 2900,00 monatlich. Die achtgespaltene Anzeigenmillimeter-Zeile kostet im Ortsverkehr Mark 100,00, im auswärtigen Verkehr Mark 150,00. Reklamen die Millimeterzeile Mark 400,00 im Ortsverkehr und Mark 500,00 im auswärtigen Verkehr. Anzeigen-Schluß: Zehn Uhr vormittags.

Geschäfts-Gebäude: Halle a. S., Neue Promenade 1a und Große Brauhausstraße 17. Fernsprecher-Sammelnummern 7431. Stadt-Geschäftsstelle: Markt 24. Drahtanschrift: „Saalezeitung halleschale". Bankkonto: Landschaft Halle a. S. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22815. Erfüllungsort und Gerichtsstand: Halle an der Saale. Bezugsbestellungen sind stets nur bis zum 10. eines jeden Monats zum Schluß des laufenden Monats zulässig

Frankreichs Pyrrhussieg im Unterhaus.

Außerordentlich starke Opposition gegen die Regierungspolitik / Deutschland protestiert erneut gegen das Blutregiment / Der Kohlenraub / 4000 französische Bergarbeiter im Anrollen / Truppenverstärkung.

Die Ruhrdebatte in London.

249 gegen 209!

Aus der künstlichen Fläche der englischen Neutralität bricht doch immer wieder irgendeine Auflehnung empor, besonders in den Parlamenten, deren Mitglieder ja nicht zu derselben stillschweigenden Duldung aller französischen Extravaganzen verurteilt sind, wie die hundertfach gebundene Regierung. Das letzte Beispiel stellet der gestrige Vorstoß der Asquith-Liberalen, deren Wortführer, Sir John Simon, in der gestrigen Sitzung des Unterhauses recht kräftige Worte für den Charakter und die Ziele des französischen Ruhrunternehmens gefunden hat. Die Gelegenheit zu seinem Vorstoß boten ihm die letzten traurigen Ereignisse im Ruhrgebiet, vor allem die blutigen Vorgänge in Buer, die er natürlich nur mit den Augen des französischen Propagandadienstes ansieht, weshalb er denn auch ein deutsches Verschulden an diesem Blutvergießen als selbstverständlich hinzunehmen scheint. Er geht sogar soweit, zu behaupten, diese Vorgänge lehrten deutlich genug, daß die Geduld der deutschen Bevölkerung erschöpft und sie willens sei, der bisher geübten Politik des passiven Widerstandes ein Ende zu machen und an ihre Stelle die handfestere des politischen Widerstandes mit allen Mitteln zu setzen. Vielleicht waren Sir John Simon die Ergebnisse der amtlichen Untersuchungen in Buer noch nicht bekannt, wenn überhaupt sie jemals durch die Presse einem Engländer zu Gesicht kommen werden. Aber dieser Teil der liberalen Unterhausrede ist auch nicht ihr bedeutungsvoller Kern; der beginnt erst da, wo der Redner von der Regierung Rechenschaft über ihre Haltung angesichts der neuen Lage fordert. Der liberale Führer stellt fest, daß die englischen Truppen in ihrem Sektor bisher noch unbeschränkte Verkehrsfreiheit nach dem unbesetzten Gebiete hin genossen haben, daß nunmehr jedoch die militärische Einschließung des Brückenkopfes Köln durch französische und belgische Truppen diese Verkehrsfreiheit beseitigt und ungeheure Gefahren für den englischen Handel im Rheinlande heraufbeschworen habe.

Aber es sind nicht nur Gefahrsbetrachtungen, die den Abgeordneten Simon so in den Harnisch geraten lassen, sondern er geht noch weiter und stellt klipp und klar fest, daß Frankreich sich eines Bruches des Versailler Vertrages schuldig gemacht habe, daß Frankreich mit seinem Abenteuer an der Ruhr nicht nur Reparationen riskiere, sondern noch ganz etwas anderes ergattern will, und darüber, was das ist, wünscht er eine klare und eindeutige Aufklärung seiner Regierung. Diese Warnung und diese Forderung eines maßgebenden englischen Parlamentariers sieht doch nicht ganz danach aus, als ob man in England allenthalben sich von den Brüsseler Auslassungen der Eindruckspressure habe überzeugen, geschweige denn betören lassen. Die Erkenntnis dämmert doch nachgerade auch in diesem Lande, dessen Regierung dem Ruhrabenteuer mit einem äußerst gefährlichen Opportunismus gegenüber steht, und die leidenschaftlichen Erklärungen, die von Zeit zu Zeit Bonar Law oder irgendeiner seiner parlamentarischen Sekretäre von sich geben, sind wohl kaum geeignet, das in England erwachende politische Gewissen — und dieses wird neben den kaufmännischen Konjunkturzinsen doch immer sichtbarer! — zu beschwichtigen. Vielleicht wird die englische Regierung doch noch mit der Zeit durch die Vorstellungen und Vorwürfe ihrer Parlamente dazu gedrängt, sich endlich einmal zu zweideutig zu erklären und zu beweisen, ob sie nur ein Vasalle des Poincarismus oder aber die wahre Hüterin des „demokratischen Fortschrittes" ist. Aber bis dahin dürfte wohl noch viel Wasser die Ruhr hinunterrauschen. Bezeichnend ist die englische Regierung genügend. Auch die Abstimmung gestern im Unterhaus dürfte nicht gerade ermutigend für sie sein, ebensowenig wie zahllose kritische Preßestimmen, bei ihrer bisherigen Haltung zu verharren. Trotzdem: Nur nicht auf England hoffen, sondern aushalten!

*

London, 14. März. (Eig. Drahtmeldung.) Im Unterhause nahm gestern in der weiteren Diskussion Asquith das Wort, um zu erklären, daß die Franzosen Zahlungen und Garantien nur durch Mittel vor allem des Vertrages erkämpfen dürfen. Namens der Regierung erklärte der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Mac Neill, die Regierung sowohl wie die Kammer seien davon überzeugt, daß Großbritannien sich in einem freundschaftlichen Verhältnisse zu Frankreich befinde, und man wünsche auf den Regierungsbänken, daß es möglich sei, im Interesse sowohl Englands wie des übrigen Europas Freund und Verbündeter Frankreichs zu werden. Die Lage im Ruhrgebiet, so fuhr Mac Neill fort, verschlimmere sich nicht, sondern sie werde sogar besser (?). Es sei nicht wahr, daß die britischen Truppen von allen Seiten eingeschlossen und ohne Verbindung mit dem unbesetzten Deutschland seien. Zweifellos bestänben Schwierigkeiten für den englischen Handel. Von einer Intervention des Völkerbundes oder einer neuen internationalen Konferenz sei im Augenblick nichts erhofft worden. Bei der Abstimmung wurde der Antrag des Abgeordneten Simon mit 249 gegen 209 Stimmen abgelehnt. Auf den Oppositionsbänken wurde der Ruf laut: Demission. Die von der Regierung geforderten Kredite wurden schließlich angenommen.

Verstärkung der Besetzung.

Recklinghausen, 14. März. (Eig. Drahtmeldung.) Die Besatzung von Buer und Horst wird um je ein Bataillon, die von Recklinghausen um zwei verstärkt. Für die Truppen ist bereits Quartier gemacht. Auch in Langendreer sind zwei neue Bataillone eingetroffen. In Essen scheint sich etwas Besonderes vorzubereiten. Gestern wurden an allen Kreuzungen der Hauptstraßen Doppelposten aufgestellt, auch im Innern der Stadt, die sonst von Militärposten freigeblieben war.

Ein Pariser Blatt teilt mit, daß die Reise des Kriegsministers Maginot den Zweck gehabt habe, eine von General Degoutte vorgeschlagene Verschärfung und eventuelle Ausdehnung der Besetzung auf Darmstadt und Frankfurt a. M. zu prüfen. Der Zwischenfall in Buer habe nun den Anhängern der verschärften Besetzung Wasser auf die Mühle getrieben und es sei anzunehmen, daß die Besetzung eines der beiden genannten Städte in Kürze vor sich gehen würde. Andere Blätter weisen dagegen derartige Meldungen über die bevorstehende Besetzung weiterer Städte glatt ins Gebiet der Fabel, doch geben sie zu, daß eine Verstärkung der Besatzung tatsächlich in Aussicht genommen ist. „Echo national" meldet sogar, daß bereits 15 000 französische Soldaten Marschordre ins besetzte Gebiet erhalten haben.

Deutsche Protestnote gegen die Brutalitäten von Buer

Berlin, 14. März. (Eig. Drahtmeldung.) Der deutsche Geschäftsträger in Paris ist angewiesen worden, der französischen Regierung eine Note zu überreichen. Nach den Meldungen der örtlichen deutschen Behörden ist trotz ihrer Bemühungen die Tötung der beiden französischen Militärpersonen zur Stunde noch nicht aufgeklärt. Es steht keineswegs fest, daß Deutsche an der Tat überhaupt beteiligt sind. Ebensowenig liegen Anhaltspunkte dafür vor, daß den staatlichen oder städtischen Organen ein Verschulden zur Last fällt. Muß hiernach die Anordnung von Repressalien gegen die Bevölkerung als ein Akt grober Willkür angesehen werden, so stellt sich der französische General durch die Art, wie er diese Repressalien ohne Rücksicht auf das Leben schuldloser Einwohner durchführen läßt, außerhalb aller Schranken von Recht und Gesetz. Die Bevölkerung hat gegenüber der Besatzungsarmee bisher eine beispiellose Selbstbeherrschung bewiesen. Sie hat trotz wachsender Erbitterung über die zahlreichen Bluttaten französischer Soldaten, über die fortgesetzten Mißhandlungen auf der Straße und über die Vergewaltigungen ganzer Städte die Ruhe bewahrt und ihrerseits alles getan, um ernste Zusammenstöße zu vermeiden. Maßnahmen, wie sie jetzt von dem französischen General in Buer durchgeführt oder angedroht werden, sind dazu angetan, die Bevölkerung zur Verzweiflung zu treiben und unabsehbares Unheil heraufzubeschwören. Wenn der französischen Regierung noch daran liegt, dies zu verhüten, so ist es ihre Pflicht, dem Vorgehen der Militärbefehlshaber Einhalt zu gebieten. Die Verantwortung für die Folgen fällt sonst allein auf sie, nicht auf die deutsche Regierung, noch auf die deutschen Behörden, noch auf die deutsche Bevölkerung.

Das Schreckensregiment in Buer.

Buer, 14. März. (Eig. Drahtmeldung.) Am Montag riefen die Franzosen das Lehrerkollegium des Gymnasiums zusammen. Sie machten ihm den Vorwurf, daß die Schüler von ihren Lehrern zum Abreißen der französischen Plakate aufgefordert worden seien. Der Gymnasiallehrer Holudas wurde mit der Reitpeitsche mißhandelt. Der Leiter der Anstalt, Oberstudiendirektor Dr. Weber, und Studienrat Freihäter, Beigeordneter der Stadt Buer, wurden verhaftet und abgeführt, wohin ist unbekannt. Zahlreiche weitere Verhaftungen steigern die Erregung der Bevölkerung aufs höchste. Wie rigoros die Franzosen gegenüber der Bevölkerung vorgehen, zeigt die Tatsache, daß harmlose Straßenpassanten, welche ihre Hände in der Manteltasche verborgen haben, ohne weiteres von französischen Patrouillen aufgegriffen und unter Mißhandlungen weggeschleppt wurden. Die Stadtverordnetensitzung mußte ausfallen, da im Rathaus die Leichen der beiden ermordeten Franzosen aufgebahrt waren. Die ursprünglich beispielloß scharfen Verordnungen des kommandierenden Generals sind durch gemilderte überholt worden.

Der Reichspräsident hat an den Magistrat der Stadt Buer folgendes Telegramm gerichtet: „In tiefer Empörung über die unerhörten und unmenschlichen Bluttaten des französischen Militärterrors gegenüber friedlichen und schuldlosen Bürgern Ihrer Stadt bitte ich Sie, den Hinterbliebenen der so grausam Ermordeten meine herzliche Teilnahme zu übermitteln. Es wird alles geschehen, um von den betroffenen Familien materielle Not fernzuhalten."

Der Plan der Kohlenräuber.

Paris, 14. März. (Eig. Drahtmeldung.) Die Ingenieurkommission, die jetzt ihren Sitz in Essen hat, wird ihre Tätigkeit nach Düsseldorf verlegen. Die Belgier sollen fortan eine von den Franzosen unabhängige Ingenieurkommission haben. Nach dem „Intransigeant" sollen drei Maßnahmen durchgeführt werden, um Kohlen zu bekommen: 1. Die aufgestapelten Kohlen sollen abtransportiert werden. 2. Die längs dem Rhein-Herne-Kanal liegenden Kohlen sollen zusammengesucht werden. 3. Es sollen verschiedene Bergwerke für die Verbündeten Kohle fördern. General Degoutte hat neue Vollmachten erhalten, die heute noch ratifiziert werden sollen. Wie der „Temps" meldet, spricht man seit einiger Zeit von einer Vermietung von einzelnen Ruhrzechen an neutrale Ausländer. So soll z. B. die Zeche Mont Cenis an Holländer, die Zeche Schamrock an Schweden und die Zeche Konstantin an die Schweizer vermietet worden sein.

Die Deutschamerikaner und wir.

Frankreich schickt sich an, sein Blutregiment im Ruhrgebiet noch zu verschärfen. Das Ergebnis der Brüsseler Konferenz ist letzten Endes nichts anderes, als daß man mit neuen Methoden brutaler Tücke das tapfere Volk der Ruhrkämpfer in seinem Widerstande zu brechen und zur Kapitulation zu zwingen sucht. Der französische General Degoutte hat sich beeilt, über die schamlosen Mordtaten, die in Buer verübt wurden, die ausländischen Presse vertreter durch einen Lügenbericht zu täuschen, aber das Manöver ist ihm doch nur halb gelungen. Es gab unter den fremden Journalisten Urteilsfähige genug, die sich von dem glatten Franzosen nicht einwickeln ließen, sondern ihren Blättern wahrheitsgetreue Mitteilungen über die himmelschreienden Verbrechen, die an der wehrlosen Bevölkerung verübt werden, telegraphierten Namentlich nach Amerika sind anschauliche Schilderungen der Schreckenstaten gegeben worden, und wie Telegramme von jenseits des Ozeans dartun, haben sie in einem großen Teil der amerikanischen Presse ehrliche Entrüstung ausgelöst. Wer diese Berichte liest, ist geneigt, zu hoffen, daß Amerika sich noch noch in Kürze ins Spiel mischt und dem schrankenlosen Wüten der französischen Soldateska in dem überfallenen deutschen Gebiet ein Halt setzt. Namentlich auf die Deutschamerikaner, auf unsere Stammesgenossen, gründen sich solche Hoffnungen. Kenner der Verhältnisse warnen jedoch gerade jetzt wieder aufs nachdrücklichste vor Optimismus.

Sehr beachtenswert sind darüber die Mitteilungen, die der Neuyorker Korrespondent der „Frankfurter Zeitung" seinem Blatte über die Aussichten einer Aktion der Deutschamerikaner zugunsten des alten Heimatlandes gibt. Sie können auch denjenigen von unseren Lesern zur Aufklärung dienen, die wiederholt in Zuschriften an uns verwundert gefragt haben, warum denn die Deutschamerikaner ihren Einfluß und ihre Macht nicht längst für eine gerechtere Behandlung Deutschlands in die Wagschale geworfen haben. Dringende Mahnrufe an die Amerikaner deutschen Blutes haben ja wiederholt ihren Weg in die Oeffentlichkeit gefunden und sind an die Deutschamerikaner durch die Presse gelangt. Sie sind alle bisher wirkungslos geblieben, ebenso wirkungslos, wie neulich der Appell der deutschen Arbeiter an die amerikanischen Gewerkschaften. Die letzteren haben sich überhaupt nicht gerührt. „Das in Deutschland so sehnsüchtig erwartete amerikanische Wunder" — dahin faßt der Korrespondent sein Urteil zusammen — „wird nicht kommen." Nur eine Voraussetzung bestehe für ein Eingreifen Amerikas in europäische Verhältnisse: daß plötzlich drüben in Amerika die wirtschaftliche Konjunktur umschlage und die Ueberzeugung Boden gewinne, dem Rückgang sei nur durch Wiederaufbau der ganzen Weltwirtschaft abzuhelfen. Aber gerade jetzt sei in Amerika die Konjunktur im gewaltigen Aufstreben. Ueberall gebe es reichlich Arbeit und Verdienst. Da zeigen die Amerikaner nicht die mindeste Lust, für Europa den Reformator oder auch nur den guten Samariter zu machen. Und was die Deutschamerikaner im Speziellen angeht, so spielen sie nicht die entscheidende Rolle im öffentlichen Leben Amerikas, die mancher in Deutschland ihnen nachsagt. Noch immer ist die französische Propaganda überaus stark und regsam. In den Staaten der „Far West" und des Pazifik herrscht immer noch eine starke Strömung gegen Deutschland; Vertreter dieser Staaten im Kongreß haben erst letzte Woche erklärt, Frankreich sei völlig im Recht, und wenn die Ruhr nicht ausreiche, solle es ruhig weitergehen; Amerika werde keine Einwendungen machen.

Nun wird mancher sagen, die Deutschamerikaner sollten diesen Herren „mores" beibringen. Sind sie nicht nebst ihren Kindern 8 500 000 Köpfe stark und mit der dritten Generation vielleicht 20 000 000? Das ist schon richtig, aber die ganze Bevölkerung der Vereinigten Staaten beziffert sich auf 105 000 000 Seelen. Das ganze Deutschtum würde, selbst wenn es, was gar nicht anzunehmen ist, bis zur dritten Generation einen politischen Block bildete, wenig ausrichten können, weil eben ein solcher Zusammenschluß heftige Opposition herausfordern würde. Man hat dem Deutschen oft nachgesagt, er sei unpolitisch. In Amerika ist er es mehr als in der Heimat. Das ist ganz natürlich. Er kann an dem großen politischen Leben nicht teilnehmen, weil er die Landessprache nicht genügend beherrscht. Abgesehen von einer ganz dünnen Oberschicht besteht das ganze Deutschtum in Amerika aus Handwerkern, Farmern und kleinen Ladenbesitzern. Diese Leute lernen ja genug Englisch, um ihre Geschäfte und Berufe versehen zu können, aber fast niemals kommen sie so weit, daß sie in einer politischen Versammlung auftreten und ihre Meinung äußern könnten. Die Folge davon ist, daß sie sich nie um die Politik kümmern, außer vielleicht am Wahltag, an dem sie gewöhnlich so stimmen, wie es ihnen ihr deutsches Blatt sagt. Die kleine deutsche Oberschicht, Großkaufleute, Bankiers usw., besteht gut zur Hälfte aus Deutschen, die ihre Staatsangehörigkeit nicht aufgeben und die fast jedes Jahr zur Heimat

Gestern legten wir unserer Zeitung für diejenigen unserer gesch. Abonnenten, denen die Zeitung, direkt vom Verlag überwiesen, durch die Post zugestellt wird, eine Zahlkarte zur Einzahlung der restlichen ältere des Bezugspreises für den Monat März bei. Wir bitten höflichst, die Zahlkarte beim Briefträger oder beim nächsten Postamt bis zum 20. März einzahlen zu wollen. Bis zu diesem Tage nicht abgeholte Bezugsgelder müssen wir durch Postnachnahme erheben. Die hiermit verbundenen teuren Portogebühren möchten wir indessen unseren gesch. Lesern ersparen, und wir bitten deshalb um gefällige rechtzeitige Einzahlung des Betrages durch die zu diesem Zweck gestern beigelegte Zahlkarte.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19230314010/fragment/page=0001

fressen, wo sie, gleich einem Anstoß, durch ihre Berührung mit der heimatlichen Erde ihrem Deutschtum neue Kraft zuführen. Sie können in der Fremde dem alten Vaterlande viel helfen. Die andere Hälfte der Oberschicht, amerikanische Bürger, glaubt, so viele gesellschaftliche und geschäftliche Rücksichten nehmen zu müssen, daß sie kaum je dazu kommt, ein kräftiges Wort für die alte Heimat zu sprechen. Sie ist auch mehr oder weniger im Amerikanertum versunken. Weder die Deutschen, noch die Irländer, noch irgendeine andere Gruppe von Stimmgebern könnte je daran denken, irgendeine Maßnahme von wirklicher Bedeutung durchbringen zu wollen. Das haben die Irländer, die sicherlich in der Politik mächtiger sind als die Deutschen, bei den Kämpfen Irlands in den letzten Jahren oft genug erfahren müssen.

Man sagt nun in Deutschland, die Deutsch-Amerikaner könnten doch bei ihren amerikanischen Mitbürgern Propaganda gegen die Schuldlüge, die die Lust so lange vergiftet hat, machen. An Versuchen dazu lassen es auch gegenwärtig die Deutsch-Amerikaner nicht fehlen. Es bestehen mehrere, zum Teil ganz gut redigierte Wochen- und Monatsschriften, in denen der deutsche Standpunkt dargelegt wird. Aber — so fragt der Neuyorker Sachkenner, dessen Darlegungen wir hier folgen — wer liest sie? Nur Leute, die man zu überzeugen nicht mehr nötig hat, d. h. solche, die stets auf der deutschen Seite zu finden sind. Für die große englische Presse, durch die man wirklich das Amerikanertum erreichen könnte, ist die Frage der Verschuldung am Kriege „res iudicata"; sie nehmen keine Einsendungen darüber mehr auf und wollen gar nichts mehr davon hören.

Mit leichtem Herzen — so schließt der Verfasser — macht man sicherlich nicht die Feststellung, daß das amerikanische Wunder für Deutschland nicht zu erwarten ist. Aber es ist besser, wenn die Deutschen kühl den Tatsachen ins Auge blicken, als wenn sie sich in Hoffnungen wiegen, die sich nicht erfüllen können. Nach wie vor wird das Deutsch-Amerikanertum nach Kräften versuchen, die Not in der alten Heimat zu lindern, und auch jetzt regen sich wieder viele Tausend fleißiger Hände, um eine Sammelkampagne durchzuführen, „wie sie Amerika noch nicht gesehen hat". Auf mehr hat das deutsche Stammland, so hart es ist, vorläufig nicht zu hoffen.

Französische Bergarbeiter für die Ruhr.

Koblenz, 14. März. (Eig. Drahtmeldung.) Die französische Regierung hat der Ingenieurkommission im Ruhrgebiet mitgeteilt, daß ungefähr 4000 französische bzw. elsässische Bergarbeiter für die Arbeit in den deutschen Zechen zur Verfügung stehen und daß aussichtsreiche Verhandlungen mit Belgien im Gange seien, um auch belgische Arbeiter für den genannten Zweck zu erhalten. Im übrigen hat die Ingenieurkommission den Plan gefaßt, zur Uebernahme und zum Betrieb von Bergwerken deutsche Arbeiter zu verwenden, deren Arbeitsverweigerung Ausweisung aus der Zeche und aus ihren Wohnungen zur Folge haben würde.

Eine amtliche deutsche Darstellung.

Die behördlichen Feststellungen über die Erschießung der beiden französischen Offiziere in Buer haben, wie halbamtlich mitgeteilt wird, folgenden Tatbestand ergeben: Nach der Feststellung der Lage der Leichen, der Verwundungen, denen sie erlegen sind, und der Patronenhülsen heißt es über das Ergebnis der Zeugenaussagen: Nach den angestellten Ermittlungen dürften als Täter zwei französische Alpenjäger in Frage kommen. Die Leichen der Erschossenen sind von einem deutschen Arzt nicht besichtigt. Die Schüsse sind von einer Anzahl Zeugen gehört worden. Nach der Aussage des Rechtsanwalts Kachmann war es 9,50 abends. Gleich nach den Schüssen liefen die Zeugen Winking und Nehl aus der Stehbierhalle von Sandmann auf die Straße und wollen bestimmt gesehen haben, wie zwei französische Alpenjäger aus der verlängerten Hagenstraße über die Hochstraße liefen. Sie liefen dann in die Hagenstraße hinein und danach sahen die Deutschen den zweiten Offizier an der Ecke des Pastorats gegenüber dem Zigarrengeschäft von Bergmann taumeln. Durch den ärztlichen Befund werden die Angaben der beiden Zeugen bestätigt. Es erscheinen auch ihre Angaben über das Weglaufen der beiden Attentäter glaubhaft, weil sie es von ihrem Standpunkt aus sehen konnten, da dieser durch eine elektrische Lampe hell erleuchtet war. Ihre Angaben werden auch unterstützt durch die Aussagen des Zeugen Auf der Heide und der Zeugin Weiß. Diese kamen vom Modernen Theater und gingen zur Hochstraße und haben gehört, daß vor ihnen zwei Schüsse fielen, sie gingen aber trotzdem weiter. Von ihrem Standpunkt aus konnten sie wegen der schrägen Biegung der Straße nichts sehen. Sie traten aber nach den Schüssen vom Bürgersteig herunter auf den Fahrdamm und sahen einen Offizier am Boden liegen. Die Angaben werden unterstützt durch die Aussage der Frau Rechtsanwalt Kochmann. Diese wohnt am Tatort in dem Hause, in dem sich das Bergmannsche Zigarrengeschäft befindet. Sie hat die Schüsse gehört und ist daraufhin gleich ans Fenster geeilt, hat gehört, daß Personen mit schweren Schuhen gelaufen sind. Diese Wahrnehmung spricht dafür, daß es Soldaten waren. Sie hat weiter kurz vor dem Schießen eine erregte französische Unterhaltung wahrgenommen; kurz darauf fielen die Schüsse. Hierdurch dürfte erwiesen sein, daß es sich um französische Täter handelt. Da der Jägeroffizier die Ronde hatte und die beiden Soldaten nach Zapfenstreich außerhalb des Quartiers antraf, wird er sie wohl angehalten haben. Daß es sich hierbei zu einer lebhaften und energischen Unterredung gekommen ist, ist festgestellt. Daß die verfeuerte Munition deutschen Ursprungs ist, beweist noch nichts. Es ist durchaus möglich, daß die französischen Soldaten im Besitze von Waffen waren, die sie der Schutzpolizei abgenommen haben; dies ist vielfach beobachtet worden.

Unerhörte strenge Strafen in Recklinghausen.

Paris, 14. März. (Eig. Drahtmeldung.) In Ausführung der Ordonnanz 147 der Rheinlandkommission, die strenge Strafen für Sabotageakte gegen Eisenbahnanlagen vorsieht, hat der Kommandant des Gebietes Recklinghausen folgenden Befehl erlassen: Für jeden Abschnitt werden ein oder mehrere deutsche Beamte als verantwortlich bezeichnet. Wenn ein Sabotageakt begangen wird und der oder die Urheber nicht entdeckt werden können, so werden der oder die deutschen Beamten verhaftet und eingekerkert. Nachstehende Maßnahmen werden sofort in Anwendung gebracht: Die Stadt oder Gemeinde, auf deren Gebiet der Sabotageakt stattgefunden hat, wird mit einer Geldstrafe, deren Höhe von dem Kommandierenden General der Armee festgesetzt wird, belegt. Außerdem kann die vollständige Unterbindung jeden Verkehrs des dem Sabotageakt am nächsten gelegenen Bahnhofs oder die Unterbindung der telephonischen und telegraphischen Verbindung in einer oder in mehreren Zivilzentralstellen, die dem Sabotageakt am nächsten gelegen sind, während einer bestimmten Zeit gefordert werden. Dem Befehl ist ein ausführliches Verzeichnis beigegeben über die Personen, die verantwortlich gemacht werden, falls die Urheber der Sabotage nicht gefaßt werden können.

Bereitstellung französischer Gefängnisse.

Paris, 14. März. (Eig. Drahtmeldung.) In den Militärgefängnissen von Belfort, Metz und Nancy werden mehrere Zellen für die aus dem besetzten deutschen Gebiet zum Strafvollzug nach Frankreich zu überführenden Gefangenen hergerichtet.

Krieg auch den Schupo-Frauen und Kindern.

Essen, 14. März. (Eig. Drahtmeldung.) Der kommandierende General der 128. Division hat an den Oberbürgermeister von Essen ein Schreiben gerichtet, in welchem er mitteilt, daß auf Befehl des kommandierenden Generals der französischen Rheinarmee alle Familien, Frauen und Kinder der durch die französische Besatzungsbehörde ausgewiesenen Schutzpolizeibeamten innerhalb acht Tagen das besetzte Gebiet verlassen müssen. Weiter heißt es in dem Schreiben, daß jede Zuwiderhandlung gegen diesen Befehl die Schuldigen den militärischen Besatzungsgerichten ausgeliefert und schwere Bestrafungen nach sich zieht, welche in den geltenden Verordnungen vorgesehen sind.

Neuregelung der Angestellten-Versicherung.

Berlin, 14. März. (Eigene Drahtmeldung.) Die seit Inkrafttreten des Gesetzes über Aenderung des Versicherungsgesetzes für Angestellte und der Reichsversicherungsordnung vom 10. November 1922 fortgesetzten Geldentwertung hatte bereits im Dezember 1922 zu einer Verschiebung der Jahres-Arbeits-Verdienstgrenze für die Versicherungspflicht in der Angestelltenversicherung von 540 000 Mark auf je 1 200 000 Mark und neuerdings vom 1. Februar 1923 ab zu einer Heraufsetzung auf 4 200 000 Mark geführt. Wie wir aus parlamentarischen Kreisen erfahren, liegt nunmehr ein Referentenentwurf des Reichsarbeitsministeriums vor, in dem ein Aufbau neuer Gehalts- und Lohnklassen bis zu einem Jahresarbeitsverdienst von 7,2 Milliarden Mark vorgesehen ist. Die Neuregelung soll sowohl für die Angestelltenwie für die Invalidenversicherung gelten.

Erhöhung der Invalidenversicherung.

Im Sozialpolitischen Ausschuß des Reichstages traten am 13. März die Sozialdemokraten für eine Verfünffachung der gegenwärtigen Unterstützung der Invalidenversicherung ein. Die Regierung hielt eine solche Maßnahme für undurchführbar; die Steigerung der Indexziffer rechtfertige sie nicht, mit einer Erhaltung der gegenwärtigen Preislage dürfe gerechnet werden. Der Ausschuß beschloß darauf einstimmig, eine Verdoppelung für das unbesetzte, eine Verfünffachung für das besetzte und das Einbruchsgebiet. Angenommen wurde ein demokratischer Antrag, daß die Randgebiete den besetzten Gebieten gleichzustellen sind.

Heutiger Stand des Dollars 20792.

Die Vorschüsse für die Beamten und Staatsarbeiter.

Berlin, 14. März. (Eigene Drahtmeldung.) Die gestrigen Verhandlungen im Reichsfinanzministerium haben nach längeren Erörterungen das Resultat gezeitigt, daß den Beamten am 19. März das laufende Gehalt gezahlt wird. Die quartalsweise auszuzahlenden Bezüge werden ebenso wie die Bezüge der auf monatliches Einkommen angewiesenen Beamten von den Kassen aller Dienststellen ausgezahlt werden. Die Reichs- und Staatsarbeiter werden ebenfalls am 19. März einen Vorschuß in der Höhe von zwei Wochenlöhnen ausgezahlt erhalten. Es wurde dann noch vereinbart, daß am 10. April im Reichsfinanzministerium eine neue Zusammenkunft stattfinden soll, in der eine Aussprache über die Auswirkungen der Vorschüsse stattfinden soll.

Die Wohnungsbaubgabe im Reichstag.

Die Weiterberatung des Gesetzes über die Berücksichtigung der Geldentwertung bei den Steuergesetzen konnte auch in der Dienstagsitzung des Reichstages noch nicht aufgenommen werden, da die dem Finanzministerium zugeschobene Initiative für die Schaffung eines Kompromisses über die strittigen Punkte dieser Vorlage noch zu keiner Wirkung gebracht worden ist. So wurde weiter über die Wohnungsbaubgabe verhandelt, nachdem eine Reihe kleinerer Anfragen in den ersten Lesungen erledigt waren. Der Reichsarbeitsminister erklärte in der Aussprache, daß die Regierung sich die Verbilligung der Baustoffe, namentlich des Holzes, besonders angelegen sein lassen werde, und er sicherte zu, daß die Mehrbelastung durch die Abgabe durch eine entsprechende Erhöhung der Entlohnung ausgeglichen werden solle. Das hemmungslose Redebedürfnis einzelner Abgeordneter der Linken zog die Aussprache über die Gebühr in die Länge.

Der Reichstag erledigte am Dienstag zunächst zahlreiche kleine Vorlagen. Er überwies die Vorlage, die das Reichsversorgungsgesetz, das Altrentnergesetz, das Kriegspersonenschädengesetz und das Offiziers-pensionsgesetz der Geldentwertung anpaßt, dem Sozialpolitischen Ausschuß. Der Gesetzentwurf zur Verlängerung der Zuckersteuerfrist der Weine des Jahrgangs 1922 wurde angenommen mit der Maßgabe, daß die Frist von den ungünstigen Verkehrslage im besetzten Gebiet bis zum 31. Juli ausgedehnt wurde. Bei der Vorlage über die Gebühren für Arbeitsbücher verlangten die Kommunisten unentgeltliche Ausstellung der Arbeitsbücher. Am liebsten hätten sie diese überhaupt beseitigt, weil, wie der kommunistische Redner behauptete, die Lehrlinge und Jugendlichen nicht unter der Kontrolle ihrer Lehrherren stehen dürften. Der Antrag auf kostenlose Lieferung der Bücher wurde mit 138 gegen 104 Stimmen abgelehnt. Darauf wurde die zweite Lesung des Gesetzentwurfes über die Erhebung einer

Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaus

fortgesetzt. Abg. Schirmer (Bayr. Vpt.) teilte mit, daß seine Fraktion der Vorlage nicht einheitlich gegenüberstehe. Der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns versprach, daß die Regierung sich bemühen werde, eine Verbilligung der Baustoffe herbeizuführen. Die Wohnungsabgabe werde bei Lohnverhandlungen berücksichtigt werden. Der preußische Wohlfahrtsminister Hirtsiefer erklärte die Abgabe von 3000 Prozent für unzureichend. Es würde damit nicht einmal möglich sein, die für 1923 vorgesehenen 23 000 neuen Wohnungen zu bauen. Ministerialdirektor Beierlein vom Reichsernährungsministerium berichtete, daß die Holzpreise ermäßigt werden sollen. Ein Reichsgesetz sei in dieser Hinsicht nicht zweckmäßig. Darauf hielt der Kommunist Heydemann eine längere Rede gegen die Wohnungsabgabe, die er als unsozial verwarf. Damit schloß die allgemeine Aussprache und man stimmte ab. Der deutschnationale Antrag, wonach die Einkünfte aus der Belastung landwirtschaftlicher Gebäude in erster Linie zu Bauten für landwirtschaftliche Zwecke heranzuziehen sind, wurde angenommen. Der entscheidende Kampf wogte um den §5, der die Höhe der Abgabe festsetzt. Nach den Ausschußbeschlüssen soll sie 1500 Proz. betragen, wozu noch 1500 Proz. für die Gemeinden kommen, so daß insgesamt 3000 Proz. zur Erhebung gelangen. Die Deutschnationalen forderten die

Herabsetzung der Abgabe auf 750 Prozent,

während die Sozialdemokraten die Regierung ermächtigen wollten, im Einvernehmen mit dem Reichsrat die Höhe der Abgabe abzuändern. Großes Aufsehen erregte die Erklärung des bayerischen Ministerialdirektors Dr. Meyer, daß die bayerische Regierung die Erhöhung der Abgabe auf 3000 Proz. für zu hoch halte. Der Redner hat um Annahme des deutschnationalen Antrages, der die Abgabe um die Hälfte ermäßigen will. Der Kommunist machte dabei die bemerkenswerte Mitteilung, daß die Sozialdemokraten im Ausschusse die Abgabe sogar auf 6000 Prozent festlegen wollten. Bei der bewegten Stimmung ließen die Parteien vielfach Erklärungen abgeben, so daß alle Anträge abgelehnt wurden und überhaupt keine Summe für die Abgabe beschlossen wurde. Der Vorlage wurde also das Herz genommen. Trotzdem beriet man weiter und faßte Beschlüsse über die Verwendung der Abgabe, obwohl deren Höhe zurzeit noch nicht feststeht. Jedenfalls zeigte sich auch hier wieder, daß es völlig unangebracht ist, solche wichtigen Vorlagen durchpeitschen zu wollen. Die zweite Lesung wurde zu Ende geführt, dann machte man sich in später Stunde noch an das Geldentwertungsgesetz, dessen Schicksal ebenfalls noch ungewiß ist. Beide Vorlagen sollen möglichst noch in dieser Woche endgültig verabschiedet werden.

Der Kampf um die Ermäßigung der Kohlensteuer hat im Steuerausschuß des Reichstages am 13. März begonnen. Die Regierung erklärte, daß sie wegen ihres großen Ertrages aufrechterhalten werden müsse. Der Demokrat Gothein verlangte im Interesse der Verbraucher eine Herabsetzung auf 20 Prozent. Ihm schloß sich ein Volksparteiler an. Der Sozialdemokrat Girbig wandte sich gegen die Ermäßigung. Ebenso der deutschnationale Abg. Helfferich.

Kunst und Wissenschaft

Ein musikalisches Wunder.

Als das größte Wunderkind in der Geschichte der Musik, die ja bekanntlich an jungendlichen Genies reich ist, wird von dem englischen Komponisten und Kapellmeister Sir Landon Ronald im Strand Magazine der Knabe Willy Ferraro bezeichnet. Bereits mit sechs Jahren war das Kind imstande, ein großes Orchester mit so viel Gewandtheit und Verständnis zu leiten wie die größten Dirigenten seiner Zeit. Ohne eine einzige Note vor sich konnte er die schwierigsten Musikstücke fehlerlos mit dem Orchester zu Gehör bringen. Er verblüffte alle führenden Musiker, die sich mit ihm beschäftigten, und keiner von ihnen konnte eine ausreichende Erklärung für das Wunder dieser musikalischen Begabung finden. Noch erstaunlicher war die Tatsache, daß der Knabe eigentlich von musikalischen Dingen fast nichts wußte. Er nannte nur gerade die Noten und konnte einige Stücke auf dem Klavier spielen, aber er war nicht imstande, eine Orchesterpartitur zu lesen, und vermochte die Taktbezeichnungen nicht zu unterscheiden. Trotzdem vollbrachte er Leistungen als Dirigent, die als ganz hervorragend bezeichnet werden müssen. Sir Landon Ronald, der den kleinen Ferraro, den Sohn eines italienischen Clowns, vor wenigen Jahren nach England brachte, besitzt eine besonders eingehende Kenntnis dieses Phänomens, und seine Darstellung ist daher von hohem Wert. Der Knabe, der damals schon verschiedene der größten Orchester Europas dirigiert hatte, sollte auch mit dem Orchester der Royal Albert Hill eine Reihe von Konzerten geben. Ronald glaubte zunächst, man wolle sich mit ihm einen Spaß machen, als man ihm erzählte, der sechsjährige dürfe für einen der größten Dirigenten gelten; er entschloß sich aber dazu, sich das kleine Wunder näher anzusehen. „Er kam in mein Zimmer", so beschreibt er ihre erste Begegnung, „und stand nun vor mir, gerade so hoch wie mein Schreibtisch. Er hatte glühende, schwarze Augen, eine große Masse schwarzen Haares und ein ungewöhnlich feinfühliges, bewegliches Gesicht. Jedes Wort, das er sprach, begleitete er mit einer ausdrucksvollen Geste und machte auf mich sofort einen erstaunlichen Eindruck."

Am nächsten Morgen ging der Komponist mit dem Wunderkinde zur ersten Probe. Er gesteht, daß er die größte Angst hatte, daß der von ihm empfohlene Knabe sich fürchtbar blamieren würde. Er übersetzte Willys Anweisungen ins Englische, denn der Knabe konnte nur Italienisch und Französisch. Aber schon nach zwei Minuten war es dem englischen Musiker klar, daß hier wirklich eine einzigartige Erscheinung vor ihm stand: „Sowohl ich wie das Orchester, wir fühlten, daß wir in jedem Sinne unter der Herrschaft dieses Kindes standen. Er besaß eine vorzügliche Technik, die genaueste Kenntnis aller Tempi und wußte seine besondere Auffassung auf uns alle zu übertragen." Nach dieser Probe, der später außerordentlich erfolgreiche, von Ferraro dirigierte Konzerte folgten, unterhielt sich Ronald eingehend mit dem Sechsjährigen und fand, daß er von musikalischer Theorie nichts wußte. Aber sobald ein Grammophon irgendein Stück spielte, gab er das sachverständigste Urteil ab. Ronald sagt, daß er so wenig wie andere große Musiker dieses Rätsel lösen konnte und daß der Knabe zweifellos das größte musikalische Wunder darstellt, das ihm je begegnet ist.

Die Pflege der Tanzkunst in Rußland. Unter all den Stürmen des Krieges und der Revolutionen hat sich in Rußland, was sonst nichts mehr von der einstigen zaristischen Kultur übrig geblieben ist, die hohe Schule der Tanzkunst, die allein noch an der Petersburger Oper gepflegt wurde, unberührt und unerschüttert erhalten. Diese erstaunliche Höhe der Choreographie, die wir zuerst an der Pawlowa und an Nijinski bewundern konnten, ist uns nach dem Kriege durch verschiedene russische Tänzerinnen und Tanzgesellschaften so recht vor Augen geführt worden. Die Tradition blüht aber noch immer in Rußland fort, und es wird für ebenbürtigen Nachwuchs gesorgt. Wie der Korrespondent eines englischen Blattes aus Moskau berichtet, finden allabendlich die großen Balletaufführungen auf der Bühne des Bolschoi-Theaters statt und stehen auf einer sonst wohl nirgends in Europa erreichten Höhe. Die Zahl der Knaben und Mädchen, die in der Ballettschule ihre Ausbildung erhalten, bevor sie als Anfänger in dem Ballettkorps aufgenommen werden, ist größer als zur Zeit der Zarenherrschaft. Die Anwärter und Anwärterinnen auf den künftigen Ruhm russischer Tanzkunst werden schon in sehr zartem Alter ausgewählt und erhalten zunächst einmal eine ausgezeichnete körperliche und geistige Ausbildung. Nur wenn sie sich in jeder Hinsicht bewährt haben, dürfen sie die Balletlaufbahn ergreifen. Viele dieser Kinder erreichen schon in der Jugend eine Beherrschung des Körpers, eine Leichtigkeit und Schönheit der Bewegungen, die wirklich ans Wunderbare grenzt. Diese Erziehung zum Tanz von Kindesbeinen an, die in der natürlichsten und gesundesten Weise vor sich geht, erhält die Tänzerinnen auch bis ins hohe Alter frisch. Die gefeiertste Ballerina der russischen Bühne, die Geltzer, ist ebenso wie ihr Partner Tikhomirow schon ziemlich alt; aber man sieht ihr ihre fünfzig Jahre nicht an, und sie ist beweglich wie eine Siebzehnjährige. Der neueste Stern am russischen Balletthimmel ist die Ampramowa, ein zwanzigjähriges Mädchen, das in der letzten Zeit großen Ruhm errungen hat. Sie bewohnt nicht weit von dem Grand Theatre, an dem sie auftritt, eine sehr elegante Wohnung zusammen mit ihrer Mutter und ihrem Bruder. Der Berichterstatter entwirft ein Bild ihrer äußeren Erscheinung: „Ein zarter griechischer Kopf mit einem Lockenwald von dunkelbraunem Haar, ein Gesicht von der Zartheit einer Blume mit vollkommener Ebenmäßigkeit der Züge, schön geschwungenen Augenbrauen und herrlichen dunklen Augen. Ihr Körper wiegt sich während des Tanzes, wie die Lilie im Wasser. Aber wenn die Musik und der Charakter des Tanzes es erfordern, dann verwandelt sich diese weiche Grazie in die starke Kühnheit eines Panthers, der sich auf seine Beute stürzt. Die Ampramowa erinnert in der Einfachheit ihrer Linien an die Statue einer antiken Tänzerin. Sie wurde in Moskau geboren und hat die Stadt niemals verlassen, spricht nur russisch. Sie lebt nur ihrer Kunst, befleißigt sich der größten Regelmäßigkeit, trinkt und raucht nicht."

Fund eines eine Million Jahre alten Menschenschädels. Alle Begriffe von dem Alter des Menschengeschlechts auf dem amerikanischen Kontinent sind übertroffen worden durch die Entdeckung eines Menschenschädels der Tertiärepoche, die Dr. J. G. Wolf in Patagonien gelungen ist. Wie der berühmte Anthropologe der Columbia-Universität Dr. Franz Boas dazu ausführt, muß der Schädel nach den Angaben 500 000 Jahre älter sein als der Schädel des bekannten Pithecantropus Erectus, der seinerzeit auf Java ausgegraben wurde. Schätze man das Alter jenes Menschenaffen auf 500 000 Jahre, so würde also das neue Fossil ein Alter von einer Million Jahren haben, und der Besitzer dieses Schädels müßte zu einer Zeit gelebt haben, als die heutigen Polarkreise noch tropisch waren und dort gewaltige Ungeheuer und Reptilien lebten.

Die neuen Ausgrabungen von Chaldia. Die Ausgrabungen eines alten Tempels an der Stätte des biblischen Ur der Chaldäer nehmen rüstigen Fortgang. Wie aus Bagdad berichtet wird, haben die amerikanischen Grabungen, die von der Universität Philadelphia unterstützt werden, die ältesten Teile des Baues freigelegt, die etwa vier Jahrtausende zurückreichen. Auf der Stätte des alten Tempels des Mondgottes wurde im 6. vorchristlichen Jahrhundert von Nebukatnezar ein neuer Tempel aufgeführt, aber die Anlage des alten Bauwerkes ist noch genau zu erkennen, und man hat eine große Menge von Ziegelsteinen mit Inschriften geborgen, die über die alten Herrschergeschlechter von Ur Auskunft geben. Diese Ueberreste werden jetzt sorgfältig verpackt und katalogisiert und sollen dann entsiffert werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19230314010/fragment/page=0002